



EUROPA
INTEGRATION
ÄUSSERES
BUNDESMINISTERIUM
REPUBLIK ÖSTERREICH

12447/AB
vom 28.06.2017 zu 12934/J (XXV.GP)

SEBASTIAN KURZ
BUNDESMINISTER

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Doris BURES
Parlament
1017 Wien

28. Juni 2017

GZ BMEIA-AT.90.13.03/0079-VI.3/2017

Die Abgeordneten zum Nationalrat Tanja Windbüchler-Souschill, Kolleginnen und Kollegen haben am 28. April 2017 unter der Zl. 12934/J-NR/2017 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Auslandsreisen“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 4:

Für die Jahre 2014 und 2015 sowie für den Zeitraum 1. Jänner bis 30. November 2016 verweise ich auf meine Beantwortungen der parlamentarischen Anfragen Zl. 8801/J-NR/2016 vom 31. März 2016 und Zl. 10745/J-NR/2016 vom 9. November 2016.

Die im Zeitraum 16. bis 31. Dezember 2013 sowie vom 1. Dezember 2016 bis zum Einlangen der parlamentarischen Anfrage von mir durchgeführten Dienstreisen, die Anzahl der begleitenden Beamtinnen und Beamten meines Ressorts und von sonstigen Personen, sowie die dadurch entstandenen und ausschließlich vom Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA) getragenen Kosten sind in der Beilage A angeführt.

Zu den Fragen 5 und 6:

Der Inhalt dieser Fragen fällt nicht in die Vollziehung des BMEIA.

- 2 -

Zu Frage 7:

Das BMEIA setzt sich im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (VN-MRR) für die zentralen Schwerpunkte Österreichs im Menschenrechtsbereich ein und verfolgt traditionell konkrete Initiativen im Besonderen zum Schutz der Religions- und Gewissensfreiheit, zur Förderung der Medienfreiheit und zum Schutz von Journalistinnen und Journalisten, zur Förderung und Schutz von Rechten besonders schutzwürdiger Personen und Gruppen (Frauen, Kinder, Minderheiten, Binnenvertriebene, Menschen mit Behinderungen). Im Rahmen der zweiten österreichischen Kandidatur für den VN-MRR (Österreich war bereits von 2011-2014 Mitglied im VN-MRR) sollen diese inhaltlichen Schwerpunkte bekräftigt und weiter entwickelt werden sowie die Bemühungen um eine kohärente Umsetzung der Agenda 2030 für die Realisierung von Menschenrechten für alle gefördert werden, um Österreich glaubhaft als verlässlicher Partner zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte international zu präsentieren.

Sebastian Kurz

